

Wenn der Parteifreund Landwirtschaftsminister ist

Rund 350 Organisationen und Verbände liessen sich zur Agrarpolitik 2022 plus vernehmen. Zwei Bündner nutzten den direkten Draht zum Bundesrat. Um den Bauern zu helfen. Und sich selbst.

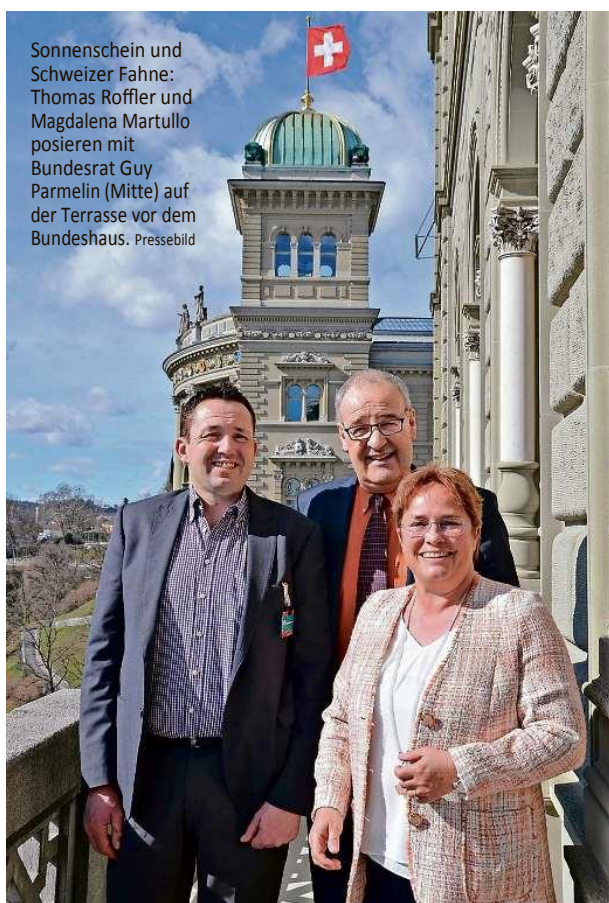
von Pierina Hassler

Die Vernehmlassungsfrist zur Agrarpolitik 2022 plus (AP 22+) ist am Mittwoch abgelaufen. Der Entwurf des Bundesrates zur Landwirtschaftspolitik für die Jahre 2022 bis 2025 wurde arg zerzaust. Rund 350 Vereine, Organisationen und Verbände äusserten sich zu dem 160-seitigen Konzept. Und so vielfältig die Interessensgruppen, beispielsweise Ärztinnen für Umweltschutz oder die Interessensgemeinschaft Weidemilch, so widersprüchlich Kritik und Vorschläge.

Vorschläge zur AP 22+ kamen auch aus Graubünden. Einen Tag bevor die Konsultationsfrist endete, trafen sich SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo und der Bündner Bauernpräsident und SVP-Nationalratskandidat Thomas Roffler mit Bundesrat Guy Parmelin (SVP) im Bundeshaus in Bern. «Ein sehr wichtiges Treffen», sagt Roffler. «Wir konnten unsere Anliegen bezüglich Landwirtschaftspolitik einbringen», sagt Martullo. Sie sei in der nationalrätlichen Kommission für Landwirtschaft, und mit Roffler und Parmelin habe Graubünden einen sehr direkten Draht nach Bern. Dass man den Auftritt der zwei Bündner SVP-Politiker auch als Wahlkampf sehen kann, versteht sich von selbst.

Wichtige Punkte

Magdalena Martullo spricht von den aus Bündner Sicht wichtigen Punkten, die sie und Roffler mit Landwirtschaftsminister Parmelin besprochen haben. «Gerade für einen Bergkanton ist es wichtig, dass man einen Hof als Haupterwerbsbetrieb führen kann. Politisch kann man die Betriebe nicht immer weiter verkleinern, sonst verkommen sie zum Nebenerwerb», so Martullo. Das bäuerliche Einkommen müsse stimmen.



Sonnenschein und Schweizer Fahne: Thomas Roffler und Magdalena Martullo posieren mit Bundesrat Guy Parmelin (Mitte) auf der Terrasse vor dem Bundeshaus. Pressebild

Diskutiert habe man weiter über die sogenannten Steillagen. «In Graubünden bewirtschaften die Bauern sehr viele Steillagen», sagt Martullo. Eine Klassierung als Hanglage würde den besonderen Anforderungen im Berggebiet nicht gerecht. «Wir engagieren uns dafür, dass der separate Steillagenbeitrag erhalten bleibt.»

Der Reiz fehlt

Als Unternehmerin ist für Martullo klar: «Unsere Landwirte müssen sich weiterentwickeln können. Ihre Innovationen sollen honoriert werden.» Würde man aber

den Rahmenvertrag mit der Europäischen Union (EU) unterschreiben, müsste die Schweiz laut Martullo wohl auch die Plafonierung von der EU übernehmen. «Und das heisst, der Reiz innovativ zu sein, mehr zu leisten oder sich weiterzuentwickeln, fehlt.»

Mit dem EU-Rahmenabkommen müsse man sich zudem nach den europäischen Beihilferegelungen richten. Verkäuferschutzzulage, Siloverzichtszulage und die neue Schoggigesetz-Milchregelung würden aber dagegen verstossen. «Wir haben den Bundesrat darauf hingewiesen, dass die EU andere Rege-

lungen hat und auf Freihandel in der Landwirtschaft drängen würden, so Martullo. «Preislich und einkommensmässig kämen unsere Bauern unter Druck»

Mehr Lebensqualität

Als direktes Sprachrohr der Bündner Bauern und als Präsident der Kantonalen Bauernverbände im Berggebiet war es auch für Roffler wichtig, direkt bei Parmelin vor-

«In Graubünden bewirtschaften die Bauern sehr viele Steillagen.»

Magdalena Martullo
SVP-Nationalrätin

stellig zu werden. «Ich konnte in diesem persönlichen Gespräch sehr gut aufzeigen, wie wichtig für die Bündner Landwirte die Trennung zwischen Alpbgebiet und der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist», sagt Roffler. Er habe dem Bundesrat auch erklärt, dass die Tierhaltung in Graubünden ein wesentlicher Bestandteil sei um die Sömmerungsbetriebe zu nutzen.

Personelle Verstärkung

Letztlich ging es Roffler um die für Graubünden wichtigen Meliorationen. Bei den Strukturverbesserungsbeiträgen werden diese zwar schon jetzt vom Bund unterstützt, aber Roffler sagt: «Für die Zukunft erwarten wir vom Bundesamt für Landwirtschaft eine personelle Verstärkung im Bereich der Strukturverbesserungsmassnahmen.» Nur so würde das Thema mehr Gewicht bekommen. Denn Meliorationen seien in Graubünden von grösster Bedeutung. «Fehlen in den Bergtälern die Meliorationen, investiert niemand in die Verbesserung der Lebensqualität.»